

# Und die Seele geht zu Fuß

Landrat und OB zum Gedankenaustausch in der Max-Grundig-Klinik / Anschluss an schnelles Internet zugesagt

Von Gerold Hammes

**Bühl/Schwarzwaldhochstraße** – Die Max-Grundig-Klinik Bühlerhöhe baut ihre Netzwerke in der Region weiter aus und nimmt mit verschiedenen Aktionen aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Geschäftsführer Andreas Spaetgens zeigte sich bei einem Informationsaustausch mit Landrat Jürgen Bäuerle und Oberbürgermeister Hubert Schnurr mit dem Geschäftsjahr 2017 „grundsätzlich zufrieden“. Die Politiker sicherten den Anschluss an das schnelle Internet zu.

Bei einem operativen Ergebnis von 1,6 Millionen Euro wäre die Klinik „hochprofitabel“, müsste nicht die Mehrwertsteuer abgeführt werden. Andere Kliniken seien hiervon befreit, sprach Spaetgens von einer „Ungleichbehandlung“. Die Folge: „Das tut der Wirtschaftlichkeit extrem weh.“ Hoffnungen verknüpft er mit Überlegungen auf eine fiskalische Neuordnung auf EU-Ebene.

Als „extrem wichtig“ in der medizinischen Angebotspalette bezeichnete er die Investitionen in die Radiologie mit einem 3-d Tesla-Magnetresonanztomographen. Damit könne, so der ärztliche Direktor Prof. Dr. med. Curt Diehm, der Patient in sechs Stunden „von Kopf bis Fuß“ untersucht werden; einschließlich Abschlussgespräch, einem Befund, „den jeder versteht“ und einem kostenlosen Essen.

Nicht ganz die Erwartungen wurden hingegen bei der Disziplin Psychosomatik erfüllt, obwohl die Seele zum ganzheitlichen Ansatz der Klinik zählt. „Die Seele geht zu Fuß“, formulierte der Direktor.

Aber auch die Kommunalpolitik hat großen Einfluss auf die Zukunft der Klinik. „Unendlich dankbar“ zeigte sich



**Gipfeltreffen für einen ambulanten Gesprächsaustausch in der Max-Grundig-Klinik: OB Hubert Schnurr, Prof. Dr. med. Curt Diehm, Landrat Jürgen Bäuerle, Claus Haberecht und Andreas Spaetgens (von links).**

Foto: Hammes

deshalb Spaetgens, dass die Gemeinderäte in Baden-Baden, Bühl und Bühlertal den Standort Kälbelskopf/Wettersberg für eine Windkraftanlage als ungeeignet eingestuft haben. Andernfalls wäre die Wirtschaftlichkeit und damit die Zukunft des Hauses in hohem Maße gefährdet gewesen. Der Geschäftsführer wollte nicht ausschließen, dass bei einem solchen Szenario die Grundig-Stiftung als Trägerin „den Schlüssel rumgedreht“ hätte.

In den Anfangsjahren sei die Stiftung bereit gewesen, den Betrieb mit bis zu drei Millionen Euro jährlich zu subventionieren. Längst aber werde auf positive operative Kennzahlen Wert gelegt.

Die Verbundenheit zur und mit der Region machte der Geschäftsführer unter anderem am traditionellen Weihnachtsmarkt am ersten Advent-Sonn-

tag und an der Unterstützung der Lebenshilfe Baden-Baden/Bühl/Achern fest.

In der „wahrscheinlich schönsten Klinik Deutschlands“ (Diehm) stellen vor allem die Kardiologie, Radiologie und Onkologie Kompetenzzentren dar. Kooperationen gibt es mit den Uni-Kliniken in Heidelberg und Freiburg. Für

## Spruchreif

**„Ich habe das Gefühl, hier selbst gesund zu werden. Deshalb arbeite ich auch hier.“**

(Curt Diehm)

**„Es ist ein Privileg, hier arbeiten zu dürfen. Aber wir müssen auch Top-Qualität bieten, um den Standort zu garantieren.“**

(Andreas Spaetgens)

die Wirtschaftlichkeit elementar sind die ambulanten Patienten mit 4000 internistischen Untersuchungen (Checks) pro Jahr, wobei sich die Klientel aus einem Umkreis von bis zu 200 Kilometern rekrutiert. Stationär werden in den 61 Betten jährlich 1 500 Patienten betreut, darunter auch Schwerstkranke und solche, die zur Anschlussheilbehandlung kommen.

Landrat Jürgen Bäuerle lobte die gute Vernetzung der Klinik mit der Region. Sie sei keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zum Klinikum Mittelbaden. Ein Stiftungsmodell sei bei der Finanzierung zwar von Vorteil, allerdings fehlten aufgrund der Niedrigzinspolitik seit Jahren die Kapitalerträge. Das „Gebot der Stunde“ sei die enge Zusammenarbeit. Er habe das Gefühl, dass die Chemie „menschlich wie medizinisch

stimmt“. Ein qualitativ hochwertiges medizinisches Angebot sei ein wichtiger weicher Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und die Rekrutierung von Fachpersonal.

Claus Haberecht, Dezernent und Amtsleiter Strukturförderung beim Landratsamt, erkundigte sich, ob es Forderungen an die Politik gebe. Curt Diehm musste nicht lange überlegen: „Die Digitalisierung ist von größter Wichtigkeit!“ Bäuerle und Haberecht konnten Hilfestellung zusagen mit dem Verweis auf die Verlegung eines Glasfaserkabels vom Murgtal über Herrenwies bis Bühlertal. Vom Sand aus könnte dann eine Sticheleitung zur Grundig-Klinik realisiert werden. Auch der Bühler Oberbürgermeister Hubert Schnurr versprach: „Ich nehme das mit.“

## Zum Thema

**120 Vollzeitkräfte, darunter elf Ärzte**

**Bühl/Schwarzwaldhochstraße** (red) – Die medizinische Tradition auf der Bühlerhöhe reicht bis zum Anfang des vergangenen Jahrhunderts zurück. Hertha Isenbart, eine vermögende Generalwitwe, entschloss sich im Jahr 1910, ein großzügiges Genesungsheim für höhere Offiziere einzurichten. Damit wollte sie ihrem verstorbenen Mann ein Denkmal setzen. Zusätzlich zum Genesungsheim entstand ein Sanatorium. Aus Letzterem ist später das Schlosshotel Bühlerhöhe geworden, aus dem Sanatorium die Max-Grundig-Klinik. Das Leben von Hertha Isenbart nahm mit ihrem Freitod ein tragisches Ende.

Der fränkische Radio- und Fernsehponier hatte das Ensemble 1986 aus einer Zwangsversteigerung heraus erworben. Die Klinik nahm 1988, kurz vor seinem Tod, die Arbeit auf. Träger ist heute die Max-Grundig-Stiftung. Die Vision basiert auf einem Konzept, das die Gesundheit von Körper und Geist vereint („sprechende Medizin“). Neueste Erkenntnisse der Medizin und Psychologie sind auf den Menschen in seiner Ganzheit mit den Blicken von Psychologen und Internisten gerichtet.

Die Klinik fußt auf drei Bausteinen: der Inneren Medizin mit einem breiten Spektrum an Fachabteilungen, einem Check-up-Zentrum und der Psychosomatischen Medizin. Die Klinik wurde 2006 durch die „Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen“ (KTQ) zertifiziert und hat sich seitdem zweimal rezertifizieren lassen. Dabei werden alle Prozesse im Zusammenhang mit der Patientenbetreuung auf Qualität geprüft.

Die Klinik beschäftigt momentan 120 Vollzeitkräfte, darunter elf Ärzte, und weitere 40 Teilzeitkräfte.

# „Mit dem Kopf durch die Wand und das Verfahren an der Wand“

Airpark-Anschluss: Kreis-Grünen bekräftigen Ablehnung der Ost-Anbindung / Landrat weist Kritik zurück

**Rheinmünster/Rastatt** (red/ema) – **Jahrelang wurde diskutiert, jetzt kommt das vom Regierungspräsidium eingeleitete Planfeststellungsverfahren zur Direktanbindung des Baden-Airparks an die A 5 richtig in Fahrt. Bis einschließlich 12. April kommenden Jahres können Betroffene Einwendungen gegen den Plan erheben oder sich zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens äußern.**

Dies ist schriftlich oder mündlich zur Niederschrift in den Rathäusern von Bühl, Sinzheim, Rheinmünster, Hügelsheim oder beim Regierungspräsidium Karlsruhe möglich. Bei den Verwaltungen liegen die Planunterlagen seit Montag (bis 16. Februar) aus.

Die Fronten wurden am Dienstag im Kreistag nochmals deutlich, als sich Grünen-Fraktionssprecher Hans-Peter Beh-

rens zu Wort meldete und es als „außerordentlich enttäuschend“ bezeichnete, dass das Verfahren ohne die sogenannte „NABU-Variante“ einer Nordanbindung öffentlich ausgelegt werde. Das Landratsamt ignoriere damit die Bitten des Petitionsausschusses und die Vorgaben des Verkehrsministeriums, zeigte sich Behrens verärgert.

Landrat Jürgen Bäuerle wies die Kritik zurück. Der Land-

kreis-Chef betonte, dass gerade das Planfeststellungsverfahren dazu da sei, mögliche Alternativen zu prüfen.

In einer Pressemitteilung verurteilte die Grünen-Fraktion, dass das Stillhalteabkommen mit dem Petitionsausschuss ausgehebelt werde, wenn die Inhalte der Petition auch weiterhin unberücksichtigt blieben. Dies widerspreche aller bisher üblichen Praxis im Umgang mit Petitionen. „Wenn

Landrat Bäuerle wirklich davon überzeugt wäre, dass die Ostanbindung die beste Lösung sei, bräuhete er doch den Vergleich mit anderen Varianten nicht zu scheuen“, meint Behrens. Inzwischen dämmere auch so manchen unter den bisherigen Befürwortern, dass die stets behauptete Entlastungswirkung für Hügelsheim mit einer Ostanbindung nicht zu erreichen sei. Aber anstatt diese Kritik aufzunehmen und

zu widerlegen, werde sie schlichtweg ignoriert, meinen die Grünen.

„Da will jemand mit dem Kopf durch die Wand, und am Ende wird er das gesamte Verfahren an die Wand fahren“, prophezeit Kreisrat Manuel Hummel: „Bürgernähe geht anders.“

◆ [www.rp-karlsruhe.de](http://www.rp-karlsruhe.de) unter dem Pfad „Bekanntmachungen/Bekanntmachungen in Planfeststellungsverfahren“

# Ehefrau hatte sich bei den Aufenthaltstagen ordentlich verrechnet

Serbe reist mehrfach ohne gültige Aufenthaltspapiere über den Baden-Airport nach Deutschland ein / Zu Geldstrafe verurteilt

**Bühl** (bgt) – Der angeklagte Serbe schien sich keiner Schuld bewusst zu sein, doch offenbar war er der falschen Berechnung seiner deutschen Ehefrau erlegen, die ihm noch drei Tage regulären Aufenthalt in Deutschland in Aussicht gestellt hatte. Sie erledigt für ihren des Deutschen noch nicht mächtigen Ehemann sämtliche Angelegenheiten, bezahlte die regelmäßigen Flüge nach Serbien und unterhielt ihn, wenn er sich als Tourist in Deutschland bei ihr aufhielt.

So wachte sie auch über die Gültigkeit seines jeweiligen Visums. Gegen den nach ihrer

Meinung ungerechtfertigten Strafbefehl wegen unerlaubter Einreise in Tateinheit mit unerlaubtem Aufenthalt hatte der Angeklagte nun am Amtsgericht in Bühl Einspruch eingelegt.

Als der in seinem Heimatland als Bedienung arbeitende Ehemann auf dem Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden landete, um seiner im Sterben liegenden Schwiegermutter einen kurzen Besuch abzustatten, wurde er von der Bundespolizei festgenommen und an der Weiterreise gehindert. Zu seinem Erstaunen wurde ihm erklärt, dass er keine gültigen

Aufenthaltspapiere besitze. Auch als seine Ehefrau anreiste und der Bundespolizeibehörde begrifflich zu machen versuchte, dass alles seine Ordnung habe – im irrigen Glauben, ihm stünden noch drei Tage Aufenthalt zu –, musste sie sich jedoch eines Besseren belehren lassen. Ihr Mann wurde jedenfalls noch am gleichen Tag nach Serbien zurückgeschickt.

Im Zeugenstand machte sie ihrem Unmut über die miserable Behandlung ihres Mannes am Flughafen Luft. Man habe ihn „ohne Wasser und ohne Essen“ gelassen und auch keinen Dolmetscher hin-

zuzuziehen, über den sich ihr Mann mit den Beamten hätte verständigen können. Sowohl sie als auch ihr angeklagter Ehemann betonten immer wieder, dass sie überzeugt gewesen seien, er habe noch einen Rest von drei Tagen Aufenthaltsberechtigung in Deutschland gehabt.

„Ich habe nichts getan. Warum soll ich jetzt so eine hohe Strafe zahlen?“, fragt der Angeklagte ein ums andere Mal. Er legt Richter Hannes Schrägle einige Papiere vor sowie seinen mit vielen Einreisevisa versehenen Pass, die das belegen sollten. Doch nach langem Hin-

und Her und beständig wiederholten Beteuerungen, die zudem noch von einer Dolmetscherin übersetzt werden mussten, stellte sich heraus, dass die Ehefrau sich doch bei der Zählung der Tage verrechnet hatte, so dass nun am Tatbestand der unerlaubten Einreise nicht zu rütteln war.

Der Richter stellte dem Angeklagten nun anheim, seinen Einspruch zurückzuziehen und die Höhe des Strafbefehls (20 Tagessätze à 30 Euro) zu akzeptieren oder ihn allein auf die Rechtsfolge zu beschränken. Das hätte für ihn bedeutet: Er gibt die Tat zu, kann

aber bei einem Richterspruch auf ein geringeres Strafmaß hoffen, da ein Geständnis stets günstig bewertet wird.

Die Dolmetscherin benötigte einige Zeit, ihm diese feinen Unterschiede im deutschen Rechtssystem klarzumachen. Schließlich entschied er sich für die zweite Möglichkeit. Fast flehentlich bat er, von seiner Schuld immer noch nicht so ganz überzeugt, um eine geringere Strafe, da er kaum über eigene Einnahmen verfüge.

Richter Schrägle hatte ein Einsehen und verringert das Strafmaß auf 15 Tagessätze à zehn Euro.